

"Asien und Europa: Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?"

Das Asienhaus Essen hatte - in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung - vom 31. Oktober bis 2. November in das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Soest) zur Tagung "Asien und Europa: Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?" eingeladen.

Den Veranstaltern war es gelungen, namhafte deutsche und asiatische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler bzw. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NROs) zu gewinnen: Prof. Walden Bello, von der Universität Manila, der überdies als Vize-Direktor der größten NRO-Netzwerksorganisation im asiatisch-pazifischen Raum fungiert, dem 'Focus on the Global South', Bangkok; Roshan Dhunjibhoy, die viele Jahre als Fernseh-Reporterin beim WDR gearbeitet hat und derzeit Repräsentantin der Heinrich-Böll-Stiftung in Pakistan ist; Prof. K.S. Jomo, von der Universität Kuala Lumpur in Malaysia; Frau Prof. Mee-Hae Kong, von der Pusan Women's University, Südkorea; Titi Soentoro, die Koordinatorin des indonesischen 'Bioforum'; Prof. Thomas Heberer, von der Universität Trier, Prof. Manfred Mols, Universität Mainz und Wolfgang Jung, Wuppertaler Klimaforschungs-Institut.

Im rund hundertköpfigem Plenum fanden sich so sachverständige Diskutanten wie Erhard Haubold (FAZ), Rüdiger Siebert (Deutsche Welle) oder Heinz Kotte (Media Watch).

Als Kernfragen, auch im Vorfeld des geplanten zweiten 'ASEM-Gipfels' (Asia-Europe-Meeting) im April 1998 in London, wurden aufgestellt:

- Welche Vorurteile gibt es in den gegenseitigen Wahrnehmungen?
- Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer der Globalisierung?
- Welche Chancen gibt es für eine nachhaltige Entwicklung?
- Wie verändert sich die Rolle der Frauen durch die Globalisierung?
- Welche Perspektiven haben die europäisch-asiatischen Beziehungen?

Roshan Dhunjibhoy stellte in ihrem Eingangsreferat - in gewohnt polemisch-pointierter Manier - die Stereotypen von Asiaten und Europäern in der gegenseitigen Wahrnehmung dar. Asiaten wiesen den Europäern Attribute wie "rassistisch", "unmoralisch", "reich und wohlhabend" und "politisch unlauter" zu: "Europäer sind grundsätzlich intolerant gegenüber anderen Kulturen ... Ihre politische Unlauterkeit drückt sich z.B. darin aus, daß sie auf der einen Seite Castro als "Diktator" bezeichnen und wie einen Aussätzigen behandeln, andererseits aber Suharto hofieren, weil er ihnen

wirtschaftlich nützt."

Thomas Heberer beleuchtete dann umgekehrt die Klischees der deutschen Wahrnehmung von Asien. Diese seien geprägt von latenten und traditionellen Phobien gegenüber dem fernen Kontinent und seinen Menschen. Hatte man früher Ängste vor dem Hunnen- und Mongolensturm, fürchtet man sich heute vor Maoismus und Fundamentalismus und auch - bis zum kürzlichen Börsen-Crash in Asien - vor der dortigen ökonomischen Potenz. Der Westen wolle als eine "Belehrungskultur" dem Osten seine, als weit überlegen empfundenen, Wirtschafts- und Politikmodelle aufzwingen. Der Referent plädierte für einen Haltungswandel: Die Europäer müßten - insbesondere im Zuge des fortschreitenden Globalisierungsprozesses - Asien endlich als einen gleichberechtigten Dialogpartner anerkennen, von dem man auch lernen kann.

Höhepunkt des zweiten Tages war eine von Manfred Mols moderierte Podiumsdiskussion zwischen den südostasiatischen Gelehrten K.S. Jomo und Walden Bello. Sie diskutierten Ursachen und Konsequenzen der aktuellen wirtschaftlichen Krise in den vormals wegen ihrer stetigen Wachstumsraten hierzulande bewunderten wie gefürchteten "Tigerstaaten". Beide kamen einhellig zu dem Schluß, daß in Südostasien zu wenig in industriell-produktive Sektoren investiert worden sei und stattdessen zuviel in risikoreiche Immobilien- und Finanzspekulationsgeschäfte, zudem noch mit geliehenem Geld aus dem Ausland. Der krisenhafte und strukturdefizitäre Prozeß habe allerdings - in Europa kaum registriert - schon lange vor den Börsenbrüchen des Sommers begonnen. Den Volkswirtschaften Südostasiens mangle es an eigener Potenz zur Produktion höherwertiger, moderner Technologie und an einer erfolgreichen Umsetzung des wirtschaftlichen Strategiewechsels von der Importsubstitutions- zur Exportorientiertheit. Diese Krise eröffne indes auch neue Chancen, alternative Entwicklungswege zu finden und sich aus der Abhängigkeit von ausländischen Geldern zu lösen. Vielleicht stürzten sogar diktatorische Regime.

Das Kapital müsse künftig wieder stärker in produktive und umweltschonende technologieintensive Branchen fließen, damit ein nachhaltiges Wachstum erreicht werden kann.

Im Hinblick auf die asiatisch-europäischen Beziehungen in einer zunehmend zusammenrückenden Welt formulierte Jomo seinen Eindruck, daß die Menschen in der Konzentration auf die

Mehrung ihres Profits und des ökonomischen Fortschritts vergessen hätten, den "Fortschritt des Menschlichen" zu befördern. Der angebliche inter-zivilisatorische Konflikt zwischen Asiaten und Europäern müsse fortan abgelöst werden durch das gemeinsame Bestreben, eine universelle humane Zivilisation zu gestalten.

Bello forderte, Europa solle in der Menschenrechtsfrage in puncto des brutalen Militärregimes in Burma und der indonesischen Besetzung Ost-Timors entschiedener Stellung beziehen. In Ost wie in West wäre es vonnöten, die formellen Demokratien in substantielle zu transformieren, welche eine sozial gerechtere Gesellschaft zu schaffen suchten, in der es breiten gesellschaftlichen Gruppen erlaubt sei, mitbestimmend auf den politischen und ökonomischen Prozeß einzuwirken.

Um dieses Ziel zu erreichen und zudem die negativen sozialen Effekte der Globalisierung abzumildern, sollten sich europäische und asiatische NROs intensiver als bisher vernetzen und ihre personellen und geistigen Energien bündeln. Der auf das "ökonomische" reduzierte Begriff "Globalisierung" solle positiv erweitert werden um die Intention, die Menschenkinder Asiens und Europas "eins zu machen".

Am dritten Konferenztag stand das Vortragen der Arbeitsgruppen-Ergebnisse im Mittelpunkt, die sich wie folgt resümieren lassen:

Die eigentlichen Gewinner der Globalisierung sind bislang die transnationalen Konzerne, die ihre Profitmöglichkeiten deutlich mehren konnten.

Breite Bevölkerungsschichten, in Ost wie West, leiden hingegen unter Sozialabbau, Verlust des Arbeitsplatzes, Absinken der Wohlfahrt und Zerstörung ihrer Umwelt bzw. der Senkung ihrer Lebensqualität.

In Bezug auf die Formulierung neuer Wirtschaftskonzepte - als Alternative zum Neoliberalismus - herrscht in beiden Weltregionen, auch innerhalb der NROs, bis dato eine weitgehende Hilflosigkeit. Es ist jedoch unabdingbar, solche Konzepte zu entwickeln, damit man global mehr soziale Gerechtigkeit schafft.

Um die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung auf dem Planeten zu verbessern, muß von Seite der NROs mehr Partizipation in Politik und Wirtschaft erstritten werden. Zudem sollte die asiatisch-europäische Vernetzung expandiert werden; nicht um ihrer selbst willen, sondern mit der notwendigen Absicht, gemeinsam klare Ziele und Projektstrategien zu erarbeiten.

Die Rolle der Frau ist derzeit in Ost wie in West einem Wandel unterworfen. Dabei gibt es Gemeinsamkeiten wie Unterschiede. So scheint beispielsweise eine offene Diskriminierung der Frau in Deutschland und Europa kaum mehr opportun, während sie in Korea noch an der Tagesordnung ist. Und das, obwohl gerade in diesem ostasiatischen Land eine ausgesprochen aktive Frauenbewegung existiert, wie sich in der akribisch-kritischen Aufarbeitung und Dokumentierung des Zwangsprostitutions-Unwesens während des Zweiten Weltkriegs oder im Kampf gegen die Benachteiligung von Frauen in Familie und Beruf zeigt.

Dennoch erscheint die Ohnmacht der progressiven Kräfte in der Frauenbewegung auf beiden Kontinenten evi-

dent und veränderungsbedürftig. Nicht zuletzt sind sie - insbesondere in Asien - deshalb geschwächt, weil es dort eine enge Interessenkonvergenz und Kooperation zwischen Politik, Beamtenschaft und Industrie gibt, die partizipatorische Ansätze kleinzuhalten trachtet. Dem muß durch die Stärkung der Zivilgesellschaften engagiert entgegengewirkt werden.

Dem asiatisch-europäischen Forum im Oktober in Bangkok gelang es leider nicht, bereits eine große NRO-Gegenkonferenz zum nächsten ASEM-Gipfel (April 1998) vorzubereiten, da es dieselbe aus Mangel an Finanzen wahrscheinlich gar nicht geben wird.

Die europäisch-asiatischen Beziehungen sollten künftig in größerem Maß als bisher von nicht-ökonomischen Zielen

und Inhalten bestimmt werden, wie: Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, Verbesserung der Lage von Frauen, Entwicklung von unten und Erhalt der Umwelt.

Die Veranstaltung in Soest überzeugte mit eloquent-brillianten Referenten, interessiert-sachkundigen Teilnehmern und intelligenten Arbeitsergebnissen sowie Zielformulierungen, den europäisch-asiatischen Integrationsprozeß - nicht zuletzt auf Ebene der NROs - sozial, ökologisch und kulturell voranzutreiben. In Trier wird es voraussichtlich im Januar 1998 eine Fortsetzung geben, diesmal mit dem Schwerpunkt "ASEM und nachhaltige Entwicklung".

Bernd Basting

International Assistance towards Peace

Vom 12. bis 14. November veranstalteten 'Dienste in Übersee' und die 'Evangelische Akademie Loccum' eine internationale Konsultation zum Thema "International Assistance towards Peace. The contribution of the churches' development services to conflict prevention and peace building".

Neben der Situation im südlichen Afrika, den Ländern der sogenannten 'Great Lake Region' (Burundi, Kongo, Kenia, Rwanda, Tanzania, Sudan und Uganda), Guatemala und Mexiko wurde auch die Lage in Sri Lanka erörtert. Dazu legten die beiden Referenten S. Balakrishnan ('Movement for Interracial Justice and Equality'/'Movement for Constitutional Reforms', Colombo) und Walter Keller (Südasiensbüro im Asienhaus, Essen) das nachfolgende Arbeitspapier vor, das wir im Original veröffentlichen:

"During the past 40 years there have been numerous initiatives (civilian, religious and at a political level) - more than 20 from 1957 - from 'inside' and 'outside' Sri Lanka to achieve a negotiated settlement to the multiple ethnic conflict in that country. But all the initiatives were largely an ad hoc reaction to the needs of that particular moment to be followed by the next one in response to a new set of conditions and imperatives.

So Sri Lankas polity has been (and still is) in an acute and deepening crisis for more than two decades. A viable way out of this crisis requires far reaching reforms in the political structures. The failure to solve the ethnic question, the prevalence of political violence, the decline of democratic institutions and practices, and the authoritarian tendencies of the state point to the fact that the existing political structures have become obsolete and incapable of accommodating new democratic demands.

The crisis had been made manifest over the past decades in a variety of ways: long periods of rule under emergency regulations that bypassed the normal procedures of democratic legislation, the use of the emergency for purposes of normal governance,

the denial and/or restriction of democratic rights including the rights of free expression at both political and cultural levels, violations of human rights of such magnitude that has attracted the concern of international and UN human rights organisations and, serving as the basis for the maintenance of the situation of emergency, an ethnic conflict that has resulted from the denial of democratic rights to the minority ethnic groups - a conflict that has reached the level of a civil war. Violence has become a part of political practice used by state as well as opposition forces. It has been used to silence political opposition and to suppress dissenting opinion.

The ethnic conflict is a crucial and central factor in the decline of democracy. Its origins lie in a number of factors aimed to ensure the monopoly of the majoritarian rule by denying the political rights to equality and equal participation of the minority ethnic groups. Tamil ethnic groups were the first to protest against these practices and ultimately some sections of the Tamil polity took up arms against the majoritarian state in order to realize Tamil ethnic aspirations. This armed conflict is at the centre of the Sri Lankan democratic crisis today.

We think that before going into more details as far as initiatives of civil conflict resolutions are concerned, the nature of the conflict and its escalation during the past 15 years have to be laid out in brief.

Ethnic Conflict

Sri Lanka is and has been a multi-ethnic and multi-religious plural society. The Sinhalese form 73 percent, Ceylon Tamils 12 percent, Indian Tamils 7 percent and Muslims 7 percent of the total population of approx. 18,5 Million at present. There are other smaller ethnic minorities too, among them the Veddhas, the original inhabitants of the Island.

The Sinhalese (mainly Buddhist) and Ceylon Tamils (mainly Hindus) are living in Sri Lanka for centuries. Ceylon Tamils were historically inhabiting the northern and eastern provinces, the Sinhalese were predominantly inhabiting the other regions. The 'up-country' Tamils were later in the second half of the 19th century taken by the British colonial rulers from South India to the Island in order to establish coffee and tea plantations.